

*gn saibaba  
zum tode eines großen  
revolutionärs*

*sandra  
dominguez  
¡presentación con vida!*

*libanon  
israelischer  
angriffskrieg*

*grüne jugend  
zeit für was neues?*

*patriarchat  
reaktionäre ideen in den eigenen reihen*

## INHALT

### INTERNATIONAL

- 4 **PROFESSOR DOKTOR G. N. SAIBABA WURDE ERMORDET!**
- 5 **SANDRA ESTÉFANA DOMÍNGUEZ MARTÍNEZ - ¡PRESENTACIÓN CON VIDA!**
- 6 **DER ISRAELISCHE ANGRIFFSKRIEG GEGEN DEN LIBANON**
- 7 **BRASILIEN: WAHLBOYKOTT UND BAUERNKRIEG**

### FRAUEN

- 8 **„MACKER“ UND „MACHOS“ – REAKTIONÄRE IDEEN IN DEN EIGENEN REIHEN**

### BRD

- 10 **ZEIT FÜR WAS NEUES**
- 14 **VW: WERKSSCHLIESSUNG WIRD WAHRSCHEINLICHER**
- 15 **VERARMUNG UNSERER ÄLTEREN**
- 16 **(KEIN) STREIKRECHT**
- 17 **MECKLENBURG-VORPOMMERN**      **NATO SEEKRIEGSZENTRUM IN ROSTOCK**
- 18 **HAMBURG**      **WIDERSTAND GEGEN DAS MOSCHEEVERBOT**
- 19 **BRANDENBURG**      **TESLA IN GRÜNHEIDE:  
KÜNDIGUNGEN VON BETRIEBSRÄTEN**
- 20 **NORDRHEIN-WESTFALEN**      **KÖLN: ERSTE GATED COMMUNITY**
- 21 **NORDRHEIN-WESTFALEN**      **ESSEN: EINSTURZALARM IN FREISENBRUCH**
- 22 **KULTUR**      **DIE SCHLACHT UM STALINGRAD**

## KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für  
Abos schreibt uns eine Mail an  
[rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## V. I. S. D. P.

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des Absenderln, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

in den vergangenen Wochen hat der US-Imperialismus den Krieg gegen die Völker Westasiens mittels des Staates Israels weiter eskaliert. Die Yankees führen nun gegen die Völker in Palästina, dem Jemen, Libanon, Syrien und dem Irak einen barbarischen Krieg. Israel erledigt dabei die Rolle des Auftragsmörders. Die USA haben alle international geltenden Regeln des Krieges zertrümmert und bei Seite gefegt. Dort liegen sie nun, bis sie von den Schlächtern der Völker der Welt wieder gebraucht werden.

Der deutsche Imperialismus ist in dieser Hinsicht besonders zynisch, wenn er die Killer bewaffnet und den Angegriffenen befehlen will, das einzige, was sie noch haben, die Waffen in ihren Händen, nieder zu legen. Wo sind sie denn hin, die über allem stehenden Menschenrechte, ihre „Demokratie“, ihre „Humanität“? All das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht. Nur dazu da, um ihre verkommene Existenz zu rechtfertigen.

Blicken wir weiter in die Welt, auf Lateinamerika, dann sehen wir in Mexiko eine von Revisionisten und Opportunisten gefeierte „Demokratin und Feministin“ – Claudia Sheinbaum – an der Spitze des alten Staates, und gar nichts ändert sich für das Volk; Frauen die sich gegen Vergewaltiger wehren werden verschleppt, sogar Geistliche werden ermordet – der Krieg gegen das Volk wird weiter verschärft.

In Brasilien gibt es einen weiteren von den falschen Arbeiterfreunden gefeierten „Demokraten“ – Luiz Inacio da Silva – der die mordenden Horden der Großgrundbesitzer auf die armen Bauern, Indigene und Quilombolas loslässt, wenn diese es wagen, den Kampf für ihre Scholle aufzunehmen. Demokratie für das Volk lässt sich dort und überall auf der Welt nur im entschiedenen und kompromisslosen Kampf gegen eben jene durchsetzen, die die bürgerliche Demokratie wie einen Popanz in ihren blutbefleckten Händen vor sich her tragen und genauso gegen die, die sich bereitwillig zu ihren Helfershelfern machen.

Frankreich hält nicht nur einen Mann gefangen, von dem die eigenen französischen Gerichte sagen, dass er freigelassen werden muss – Georges Ibrahim Abdallah – es hält ganze Länder im Joch seiner Kolonialherrschaft; und regt sich Widerstand im Volk dagegen – nach dem Beginn des Aufstands in Kanaky sind in den letzten beiden Monaten die Kämpfe auf Martinique stark angewachsen – dann ermordet der französische Imperialismus die Menschen auf der Straße.

In Berlin, das sich gerne so modern und aufgeschlossen gibt, hetzt die deutsche Polizei in Tradition der Freikorps und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ihre Kampfhunde auf am Boden liegende Verletzte, jagt und verschleppt Grundschul Kinder, schlägt Studenten zusammen, versucht altgediente Revolutionäre zu töten, wenn all diese Menschen der propagierten Staatsraison widersprechen ... das ist Demokratie.

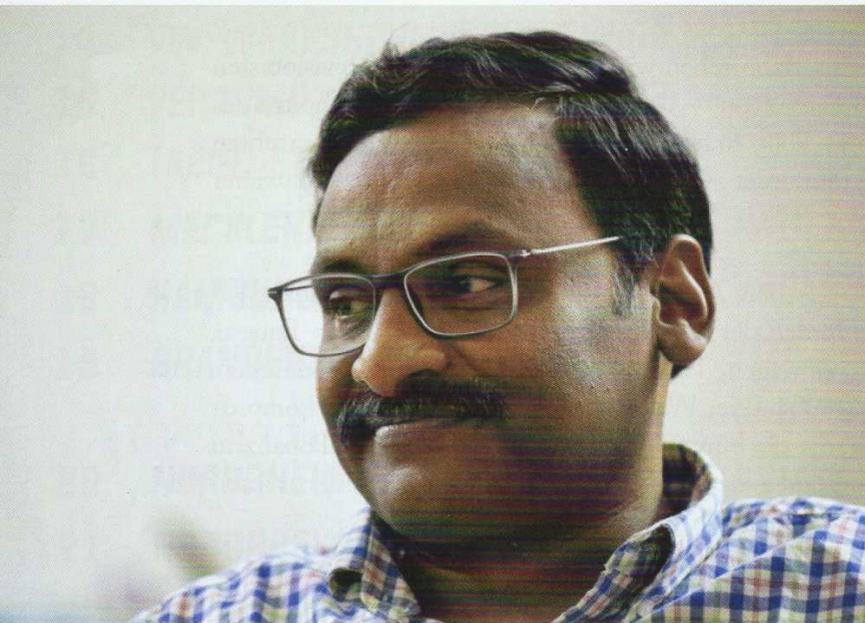
Konfrontiert mit all dem Elend dieser Welt, mit den Abscheulichkeiten der Herrschaft des Imperialismus, in allen Ländern dieser Erde, ist der Ruf der Antiimperialistischen Liga drängender denn je: **Einheit! Kampf! Sieg!**

Eure RoPo-Redaktion

## PROFESSOR DOKTOR G. N. SAIBABA WURDE ERMORDET!

**G**okarakonda Naga Saibaba wurde im Jahr 1967 in Amalapuram, einer Stadt in East Godavari im indischen Bundesstaate Andhra Pradesh, in einer armen Bauernfamilie geboren. Aufgrund von Polio war er seit dem Alter von fünf Jahren an einen Rollstuhl gebunden.

Sein Studium am Sree Konaseema Bhanoji Ramars (SKBR) College in Amalapuram schloss er als



Jahrgangsbester ab und erwarb seinen Master in Englisch an der Universität Hyderabad. Im Jahr 2013 schloss er seine Doktorarbeit ab und wurde von der Universität Delhi ausgezeichnet. An der selben unterrichtete mehrere Jahre Englisch am Ram Lal Anand College.

Während des Mumbai Resistance Forums im Jahr 2004, einer breiten Plattform von über 310 politischen Bewegungen, die parallel und in Opposition zum World Social Forum organisiert wurde, nahm Saibaba als aktiver Organisator teil. 2005 trat er der Revolutionary Democratic Front (RDF) bei, die im August 2012 von der Regierung von Andhra Pradesh unter dem Andhra Pradesh Public Security Act wegen angeblicher subversiver Aktivitäten verboten wurde.

Im Jahr 2009 war er eine sehr prominente Stimme in der Kampagne gegen die Operation Green Hunt – dem Krieg gegen das Volk –, hauptsächlich richtete

er sich gegen die militärischen Aktionen, die vom indischen Staat gegen die arme Bauernschaft und Adivasi Bauern gerichtet waren.

Er wurde im Mai 2014 wegen angeblicher maoistischer Verbindungen verhaftet. Im Juni 2015 wurde ihm vom Bombay High Court aus medizinischen Gründen Kautions gewährt, und er wurde im Juli 2015 freigelassen. Im Dezember 2015 wurde er wieder ins Gefängnis geschickt und im April 2016 erneut freigelassen, nachdem ihm das Oberste Gericht Kautions gewährt hatte. Im März 2017 wurde er unter dem UAPA (Unlawful Activities (Prevention) Act) und wegen angeblicher Verbindungen zur zu diesem Zeitpunkt dann verbotenen RDF, die angeblich mit der verbotenen KPI (maoistisch) verbunden war, zu lebenslanger Haft verurteilt. Saibaba bestritt die Anklage.

Im Oktober 2022 wurden Saibaba und fünf weitere Personen freigesprochen. Tage später hob das Oberste Gericht Indiens den Freispruch auf. Im März 2024 sprach die Nagpur-Abteilung des Bombay High Court G.N. Saibaba und alle anderen fünf Angeklagten (einer von ihnen starb während der Haft) erneut frei und verwies unter anderem auf „zweifelhafte“ Beweise während der Strafverfolgung.

Am 12. Oktober starb G. N. Saibaba an den Folgen seiner Verhaftung. In der ganzen Welt erhoben die Arbeiterklasse und die Völker der Welt ihre Stimmen. Sie ehrten den herausragenden Intellektuellen, Akademiker, Demokraten und Verteidiger der indischen Volkes. Sie verurteilten den Tod Saibabas als einen politischen Mord des alten indischen Staates durch die ein Jahrzehnt lang andauernde Inhaftierung ohne Berücksichtigung seines gesundheitlichen Zustands, Verweigerung von medizinischer Versorgung und Folter.

Der Tod von Doktor G. N. Saibaba wiegt schwerer als der Tai-Berg, denn er starb im Dienst der revolutionären Sache seines Volkes und ist ein unvergängliches Beispiel für die unterdrückten Völker der Welt. •

## SANDRA ESTÉFANA DOMÍNGUEZ MARTÍNEZ

# ¡PRESENTACIÓN CON VIDA!

**A**m 4. Oktober verschwand Sandra Estéfana Domínguez Martínez, die Schwester einer Genossin der Strömung des Volkes – Rote Sonne, Kenia, in der Stadt María Lombardo de Caso, San Juan Cotzocón Mixe, im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca. Sandras Familie hat mit Unterstützung der Strömung des Volkes – Rote Sonne, des Konsortiums Oaxaca sowie verschiedener Gruppen und Persönlichkeiten eine Pressekonferenz abgehalten.

Sandra ist eine indigene Anwältin der Ayuuk, eine Feministin aus Überzeugung und eine Menschenrechtsverteidigerin, sie war Teil des Netzwerks aktiver Frauen und Menschenrechtsverteidiger von Oaxaca, welches in den Jahren 2020 und 2023 Donato Vargas Jiménez verklagt hatte, derzeit Landeskoordinator der Friedensbeauftragten der Regierung des Bundesstaates Oaxaca, wegen Verbrechen der geschlechtsspezifischen Gewalt, für die Teilnahme an einem WhatsApp-Chat namens „Sierra XXX“, in dem Bilder und Videos mit sexuellem Inhalt verbreitet wurden, die indigene Frauen der Ayuuk ohne deren Zustimmung zeigten. In diesem Zusammenhang begleitete die Rechtsanwältin Sandra Domínguez Dutzende von Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, und gab ihnen die notwendige Rechtsberatung.

Die Anschuldigungen und Beschwerden gegen Donato Vargas und andere Staats- und Bundesbeamte gingen über den strafrechtlichen Bereich hinaus, als die Opfer in organisierter Weise die gegen sie gerichteten Schikanen und Drohungen nachwiesen. Nichts von alledem hinderte den derzeitigen Gouverneur von Oaxaca daran, Donato Vargas in das Amt zu berufen, welches er derzeit innehat.

Die demokratische und Volkszeitung Periódico Mural hat den Kontext aufgezeigt, in dem dieses Verschwinden stattfindet: „Leider ist Sandra Domínguez heute Teil der mehr als 600 Frauen, die während der Regierung von Salomón Jara Cruz im Bundesstaat Oaxaca verschwunden sind, und der mehr als 116.000

*Menschen, die seit Beginn des Krieges gegen das Volk im ganzen Land verschwunden sind, der drei Phasen durchlaufen hat: „der schmutzigen Krieg“, „der Krieg gegen die Drogen“ und die aktuelle Militarisierung des Landes.“*

Der Fall hat mittlerweile große nationale und internationale Aufmerksamkeit erhalten. Auch die neue Präsidentin Mexikos, Claudia Sheinbaum, wurde im Parlament durch eine Abgeordnete, die selbst als ehemalige Partnerin von Vargas patriarchaler Gewalt ausgesetzt war, mit der Tatsache konfrontiert, ignoriert Sandras Entführung allerdings – was zeigt, dass es für das Volk im Allgemeinen und die Frauen des Volkes im Besonderen keine Rolle spielt, welcher Lakai an der Spitze des Staates steht. Die Forderungen für Sandra sind klar und deutlich:

**WEIL SIE SIE UNS LEBEND  
GENOMMEN HABEN, WOLLEN  
WIR SIE LEBEND ZURÜCK! .**

**¡Demandamos la presentación  
con vida de la defensora de  
#DH ayuuk, Sandra Estéfana  
Domínguez Martínez!**

**¡Exigimos a la FGJEO y  
Gobierno del Estado,  
su búsqueda eficaz!**



## DER ISRAELISCHE ANGRIFFSKRIEG GEGEN DEN LIBANON

**A**m 1. Oktober verkündete der Staat Israel, mit regulären Bodentruppen seinen Nachbarn Libanon überfallen zu haben. Durch die von Israel verübten Verbrechen sind im vergangenen Jahr mehrere tausend Menschen im Libanon getötet worden, noch viel mehr wurden verletzt. Millionen Libanesen wurden durch den Krieg vertrieben und die Infrastruktur des Libanons wurde massiv zerstört.

Der israelische Angriffskrieg gegen den Libanon ist weder ein „Krieg gegen den Terror“, noch ist er ein „Krieg gegen die Hisbollah“. Es ist ein Aggressionskrieg gegen einen anderen souveränen Staat. Es ist wichtig festzustellen, dass der Libanon eine souveräne staatliche Entität ist. Der Libanon ist eine Nation in Formierung und hat entsprechend einige Besonderheiten bezüglich seiner staatlichen Verfasstheit, auch in Bezug auf seine Streitkräfte. Darüber hinaus sind die Streitkräfte, welche unter dem Kommando der Hisbollah stehen, qua Definition eines Kombattanten reguläre Streitkräfte. Die Verbrechen Israels zu denunzieren ist deshalb relevant, um auch die hinter Israel stehenden imperialistischen Mächte, insbesondere die USA, aber auch Deutschland, und ihren widerlichen Zynismus zu entlarven.

Sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung eines Angriffskrieges eines Staates gegen einen anderen Staat ist nach bürgerlichem Recht ein Verbrechen. Das Verbrechen der Aggression ist ein Straftatbestand im Völkerstrafrecht und im deutschen Strafrecht. Gemäß Artikel 5, Absatz 1 Buchstabe d des Römischen Statuts fällt er in die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs. In Deutschland ist der Tatbestand seit dem 1. Januar 2017 in §13 des Völkerstrafgesetzbuches.

Neben dem Verbrechen der Aggression durch Israels ist, nach den Entscheidungen der Vereinten Nationen das, was Israel im Libanon tut, ausdrücklich verboten: Die Resolution des UN-Sicherheitsrats Nr. 1701 ordnet eine entmilitarisierte Zone zwischen der südlichen Grenze des Libanon und dem Litani-Fluss an. Die Resolution erlaubt nur der libanesischen Armee (was eigentlich auch die von der Hisbollah angeführten Militärkontingente als de facto Teil der libanesischen Staatsapparats

umfasst) und der „United Nations Interim Force in Lebanon“ im Südlibanon bewaffnet zu sein. Es wurde auch festgestellt, dass Israel die „blaue Linie“ nicht überqueren dürfe. Israel verstößt nicht nur gegen diese Festlegung, sondern greift die UNIFIL auch direkt an, um deren Abzug zu erzwingen.

Das 1983 in Kraft getretene Waffenübereinkommen der Vereinten Nationen, kurz CCW, verbietet den Einsatz bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können. In Bezug auf die Verbrechen Israels, in diesem Fall der Angriff mit zu Sprengfallen umfunktionierten Pagern und Funkgeräten, ist insbesondere Protokoll Nummer II über Minen, Sprengfallen und andere Vorrichtungen relevant, welches auch von Israel ratifiziert wurde. Israel hat auch mehrfach Weißen Phosphor und Streubomben, weitere geächtete Waffen, im Libanon eingesetzt.

Israel greift, ebenfalls kriegsrechtswidrig, wiederholt zivile Einrichtungen, wie medizinische, religiöse, journalistische und Bildungseinrichtungen sowie deren Personal an. Israel tut dies teilweise mit direkter Absicht und teilweise in Verletzung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, welcher auch im Kriegsrecht Gültigkeit hat. Beides stellt Kriegsverbrechen dar. Die Aufforderungen der IDF an libanesischen Zivilisten, Gebiete zu verlassen, wurden verschiedentlich als Akt der Vertreibung und nicht als Warnung eingestuft.

In Bezug auf die Frage, ob es sich beim Angriffskrieg Israels um einen Völkermord handelt, ist besonders die genozidale Absicht von Gewicht. Dafür gibt es verschiedene Belege. Der IDF-Sprecher, Konteradmiral Daniel Hagari, erklärte, während er sich in einem libanesischen Dorf filmte: *„Jedes Haus ist eine Terror-Basis.“*

Der ungerechte Krieg Israels ist also auch nach den Vorschriften zur Kriegsführung, welche die Herrschenden selbst aufgestellt haben, illegitim und ein Verbrechen. •

## BRASILILIEN: WAHLBOYKOTT UND BAUERNKRIEG



Diesen Titel trug das Editorial der revolutionären und demokratischen brasilianischen Zeitschrift *A Nova Democracia* vom 8. Oktober. Während sich im Oktober die Wahlfarce auf kommunaler Ebene in Brasilien abgespielt hat, hat der Kampf der Bauer – vielerorts bewaffnet – neue Höhepunkte erreicht.

21,68 % der Wahlberechtigten in Brasilien, 33,6 Millionen Männer und Frauen, boykottierten die erste Runde der Kommunalwahlen in Brasilien Anfang Oktober. Was auf den ersten Blick nicht allzu hoch erscheinen mag, gewinnt eine ganz andere Aussagekraft, wenn man sich bewusst macht, dass in Brasilien eine Wahlpflicht herrscht. Da ungültige Stimmen und einige ähnliche Spezialfälle hierbei nicht gezählt werden, ist die tatsächliche Quote noch deutlich höher. Das politische Bewusstsein im Volk ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen und damit das Bewusstsein, dass „das Wahlrecht und die allgemeine, über die Klassen hinausgehende Vertretung, Täuschungen sind; dass die Institutionen parteiisch sind, und dass Wahlen nichts zugunsten der Volksmassen verändern können [...]“, wie *A Nova Democracia* schreibt.

Während sich die politische Krise im alten brasilianischen Staat verschärft, nimmt der Kampf der armen Bauern an Intensität zu. Das – zu Redaktionsschluss – bedeutendste Ereignis fand am 28. September auf den von armen Bauern besetzten Ländereien in Barro Branco, Pernambuco, statt, als die Landbesetzer eine Truppe von über 50 bewaffneten Auftragsmördern und Polizisten im Auftrag der Großgrundbesitzer mit Fischmessern, Sensen, Hacken, Fahnen der Liga der armen Bauern (LCP) und einem großen Banner mit der Aufschrift „Das Risiko, das der Stock eingeht, geht auch die Axt ein!“ von den Ländereien vertrieb.

14 Pickup-Trucks voller Auftragsmörder und zwei Bagger kamen an dem Tag in die Gegend, um die Ländereien illegal zu räumen; sie zerstörten zwei Grundstücke und installierten einen elektrischen Zaun. Die Bauern riefen zuerst die Brasilianische Vereinigung der Anwälte des Volkes (Abrapo) zur Hilfe, später trafen etwa 60 Studenten des Kollektivs Mangue Vermelho, der Bewegung Ventania und Aktivisten der Arbeiterpartei (PCO) sowie Bauern aus zwei benachbarten Gebieten aus Pernambuco und Alagoas ein. Sie bauten gemeinsam Barrikaden und setzten sie in Brand; als die Militärpolizei Unterstützung anforderte, eskalierte der Kampf und die Bauern schlugen sie mit ihrer eigenen Bewaffnung in die Flucht. Dabei gaben die Auftragsmörder panisch Schüsse ab, mit denen sie zwei Bauern und eine Studentin verletzten, jedoch auch zwei ihrer eigenen Leute trafen. Fünf der Killer wurden insgesamt bei dem Kampf in Barro Branco verwundet. Die LCP resümierte: „Ihr bringt euren feigen Krieg zu den Armen auf dem Land – dann ist das der Krieg, den ihr haben werdet!“

Der revolutionäre Bauernkampf ist, was das brasilianische Volk der Krise des alten Staates in erster Linie entgegengesetzt, er ist der Keim des Neuen, das aus den Trümmern der alten Gesellschaft emporsteigt. Die Krise des alten Staates und die Entwicklung des revolutionären Bauernkampfes bedingen sich gegenseitig, und in diesem Widerspruch wird an einer Stelle ein Sprung eintreten. Obgleich die jüngere Geschichte Brasiliens immer wieder bewaffnete Bauernkämpfe gesehen hat, waren diese so verhältnismäßig kurzweilig, da sie von ihrer Führung verraten wurden. Diese Sache wird sich nun ändern, wo die revolutionäre Bauernbewegung im ganzen Land unter proletarischer Führung steht. •

## „MACKER“ UND „MACHOS“ – REAKTIONÄRE IDEEN IN DEN EIGENEN REIHEN

**W**er sich in der revolutionären Bewegung bewegt, der wird sie kennen, die sogenannten „Macker“ oder „Machos“. Das sind umgangssprachliche Begriffe für Männer, die ein reaktionäres Bild von Frauen haben und das durch patriarchale Sprüche und Taten auch so nach außen tragen.

Man könnte meinen, dass in den Reihen von Menschen, die sich zusammengetan haben, um die Welt zu verändern und die Menschheit vom Joch der Klassengesellschaft zu befreien, solche Ideen und Verhaltensweisen nicht existieren sollten. Denn notwendigerweise gehören zu der gesamten Menschheit auch eine Menge Frauen. Leider kann solches Verhalten dennoch auftreten und aufgrund aktueller Geschehnisse, sind wir der Meinung, dass wir uns dem Thema einmal gründlich widmen müssen.

Uns interessiert an dieser Stelle besonders das Problem innerhalb der revolutionären Reihen; das allgemeine Problem solcher Ausdrücke des Patriarchats in der bürgerlichen Gesellschaft wäre sicherlich einen eigenen Artikel wert. Dennoch gibt es natürlich Parallelen, weil auch die Revolutionäre Produkt der Gesellschaft und ihrer materiellen Grundlage sind.

Materialisten und entsprechend auch proletarische Revolutionäre vertreten den Standpunkt, dass das gesellschaftliche Sein der Menschen auch ihr Denken bestimmt. Es gibt keine Ideen, die unabhängig von der Gesellschaft sind. Unser Dasein als Menschen im Imperialismus als der höchsten und letzten Stufe des Kapitalismus beeinflusst uns. Wir leben in einer Gesellschaft, in der das Patriarchat existiert. Die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung der Frau existiert. Auch proletarische Revolutionäre sind nicht frei von diesen reaktionären Ideen. Doch gerade, wenn man sich auf die Seite der Unterdrückten stellt, müssen solche Ideen bekämpft werden – innerhalb von uns selbst, aber auch untereinander.

Der Vorsitzende Mao schreibt in „Instruktionen des Oberkommandos“ vom 10. Oktober 1947 zur Frage der Disziplin: „*Belästige nicht Frauen.*“ Das

bedeutet, dass die Frauenfrage und der Umgang mit Frauen nicht etwas ist, was man so nebenbei einmal gelesen hat und dann vergessen kann. Nein, es ist ein elementarer Bestandteil davon, wie sich Revolutionäre gegenüber dem Volk und somit auch untereinander verhalten. Dagegen zu handeln ist kein Fauxpas, sondern ein Bruch mit der proletarischen Disziplin, ein Verbrechen gegen das Volk und die Einheit der Revolutionäre.

Belästigung kann ein körperlicher Angriff, aber auch ein herablassender Spruch sein. Zur Frage der Disziplin gehört es auch, dass eine Genossin in ihrer Verantwortung akzeptiert wird. (Vorsitzender Mao, Erste der drei Hauptregeln der Disziplin: **„Gehorche dem Kommando in allem, was du tust.“**)

„Mackertum“ ist Ausdruck davon, dass Genossinnen nicht als Genossinnen gesehen werden, nicht als proletarische Revolutionärinnen, mit denen man Seite an Seite kämpft, sondern als ein schnödes dekoratives Beiwerk, die nichts zu sagen haben und sich dem Willen der Männer unterzuordnen haben.

Daran ist nichts fortschrittliches, mehr noch, es spielt der allgemeinen konterrevolutionären Offensive des Imperialismus genau in die Karten, es dient dazu, das Patriarchat und somit eine wichtige Stütze der bürgerlichen Gesellschaft aufrecht zu erhalten.

Wie also mit „Machos“ umgehen? Es ist kein Faux-Pas, den man mit einem Kopfschütteln übergehen kann. Noch weniger ist es eine Sache, über die man in Schulkind-Manier kichern und einen prinzipienlosen Frieden damit schließen sollte. Gerade in Kollektiven, wie dem der proletarischen Revolutionäre, haben solche Ideen keinen Platz, denn sie sind Ausdruck der alten Gesellschaft.

Der Kampf dagegen muss von allen Genossen des Kollektivs konsequent geführt werden. Besonders gefragt sind hier die Genossinnen: sie dürfen „Rumgemackere“ absolut nicht dulden und müssen es mit aller Kraft bekämpfen. Auf keinen Fall dürfen sie ins Zweifeln kommen über ihre Fähigkeit der Revolution zu dienen, denn das dient der bürgerlichen

Pseudo-Theorie der „minderwertigen weiblichen Natur“ und somit der Erhaltung des Imperialismus und des Patriarchats. Stattdessen müssen die Genossinnen besonders darum kämpfen, dass die richtige Linie in der Frauenfrage innerhalb der proletarischen Revolution durchgesetzt wird.

Das bedeutet auf der anderen Seite nicht, dass männliche Genossen sich bei „Macho“-Auftreten einfach zurück lehnen dürften, um das Problem den Genossinnen zu überlassen. Das Patriarchat ist kein „Frauen-Problem“, sondern ein Problem der gesamten Arbeiterklasse und muss als solches mit aller Ernsthaftigkeit behandelt werden.

Konkret in die Tat umgesetzt halten wir uns hier an den Vorsitzenden Mao, der sagt: **„Ernsthaft Selbstkritik üben – das ist ein weiteres markantes Merkmal, das uns von anderen Parteien unterscheidet. Wir haben festgestellt: Man muß die Stube ständig auskehren, sonst wird sich Staub ablagern; man muß das Gesicht regelmäßig waschen, sonst wird das Gesicht schmutzig. Auch in den Köpfen unserer Genossen und in der Arbeit unserer Partei kann sich Staub ablagern, auch hier muß man fegen und waschen.“**

Wenn ein Genosse also patriarchale Sprüche bringen sollte, dann konfrontiert man ihn damit, sorgt dafür, dass er sofort damit aufhört und Selbstkritik leistet. Dann hat der Genosse die Chance, sein Verhalten zu reflektieren, das Problem – hier die patriarchalen Ideen, Kriterien, Haltung etc. – zu erkennen, in sich zu bekämpfen, zu korrigieren und so ein besserer Genosse zu werden, um besser der Revolution zu dienen. Ist der Genosse aufrichtig, macht Selbstkritik und ändert sich, so dient der Genosse danach besser der Revolution.

Doch natürlich kann es auch passieren, dass Genossen sich partout weigern, das Problem anzuerkennen, sie keine oder nur eine halbherzige Selbstkritik

leisten. Genossen, die eine Opposition entwickeln und sich hartnäckig weigern das Patriarchat in ihren Köpfen zu bekämpfen, insbesondere wenn es sich um politische und organisatorische Fehler handelt bzw. die persönlichen Mängel mit solchen verbunden sind, diese „Genossen“ „unheilbar“ sind bzw. sein wollen,



*Eine junge Rotgardistin schneidet dem Reaktionär Li Fanwu bei einer öffentlichen Demütigung die Haare.*

*Li Fanwu war u.a. einer Studentin gegenüber übergriffig gewesen.*

d.h. „unverbesserliche Elemente“ sind, haben sie in den Reihen der proletarischen Revolutionäre nichts zu suchen, weil sie nicht der Befreiung der gesamten Menschheit dienen wollen, sondern auf dem Alten bestehen.

Die Worte der proletarischen Revolutionäre entsprechen ihren Taten, sonst sind sie keine proletarischen Revolutionäre. Wer „*Proletarischer Feminismus für den Kommunismus*“ mit voller Inbrunst ruft, der darf auf keinen Fall patriarchales Verhalten akzeptieren.

Nun wissen wir, dass „Machos“ oder „Macker“ oft Sturköpfe sind und es etwas schwer haben, grundlegende Fragen zu kapieren; in diesem Sinne machen wir jetzt eine Verdeutlichung:

*Wessen Wunsch es ist, sich wie ein patriarchales Schwein zu benehmen, der hat bei uns nichts zu suchen und soll sich verpissen – sonst gibt's Ärger. •*

## ZEIT FÜR WAS NEUES



**E**s ist Zeit für was Neues, das werden die Revolutionäre und Kommunisten in diesem Land nicht müde hervor zu heben, in ihrem Kampf für die Rekonstitution der Kommunistischen Partei in diesem Land. Denn nur diese Partei wird das Neue sein, das die Arbeiterklasse in diesem Land braucht um ihre historische Mission zu erfüllen und wonach die Massen im Kampf rufen.

Ende September begann nach dem Abgang des Grünen-Bundesvorstands um Ricarda Lang und Omid Nouripour, und dann mit dem gemeinsamen Austritt des Bundesvorstands der Grünen Jugend eine Austrittswelle, der sich Grüne-Jugend-Funktionäre aus fast allen Bundesländern anschlossen. Diese soll nach eigenen Angaben zur Gründung eines unabhängigen „linken“ Jugendverbandes führen. Sie haben sich *zeit-fürwasneues2024* getauft.

Was Neues aber wollen uns die teils durchaus ebenso bekannten wie unbeliebten Damen und Herren, die ehemals die Grüne Jugend führten, verkaufen?

Nun, zunächst einmal erklären sie sich selbst zu gescheiterten Existenzen, wenn sie konstatieren, *„Die Zukunft macht uns mehr Angst als Hoffnung. Das Aufstiegsversprechen gilt für unsere Generation nicht mehr.“* Natürlich haben wir alle Sorgen und Nöte, aber dass diese unmittelbar vor uns liegenden Schwierigkeiten die Oberhand gewinnen könnten angesichts der strahlenden Zukunft der Menschheit,

ist nur für unverbesserliche Idealisten der Fall, die tatsächlich glauben, dass die Dinge bleiben wie sie sind. Was angesichts der gegenwärtig vorgehenden Verwerfungen auf dieser Welt noch absurder erscheint. Ein ‚Aufstiegsversprechen‘ mag es für die Kinder der mittleren und Kleinbourgeoisie gegeben haben, die sich nun betrogen fühlen mögen, aber wie viele Arbeiter machen sich ernsthaft darüber Hoffnungen, in dieser Gesellschaft aufzusteigen?

Sie erklären: *„Wir merken von Tag zu Tag deutlicher, dass es dringend eine politische Kraft braucht, die Schluss damit macht, wie aktuell Politik gemacht wird. Die auch diejenigen begeistert, die schon lange nicht mehr das Gefühl haben, dass auch für sie Politik gemacht wird. Die sich um die großen und kleinen Sorgen der Menschen kümmert und der Vereinzelung ein Miteinander entgegenstellt.“* Damit wird deutlich, welches Ziel dieses „neue“ Projekt verfolgt – Inkorporation derjenigen Teile der Bevölkerung, insbesondere der Kleinbourgeoisie, die in den letzten Jahren als Stütze des Systems in Deutschland verloren gegangen sind.

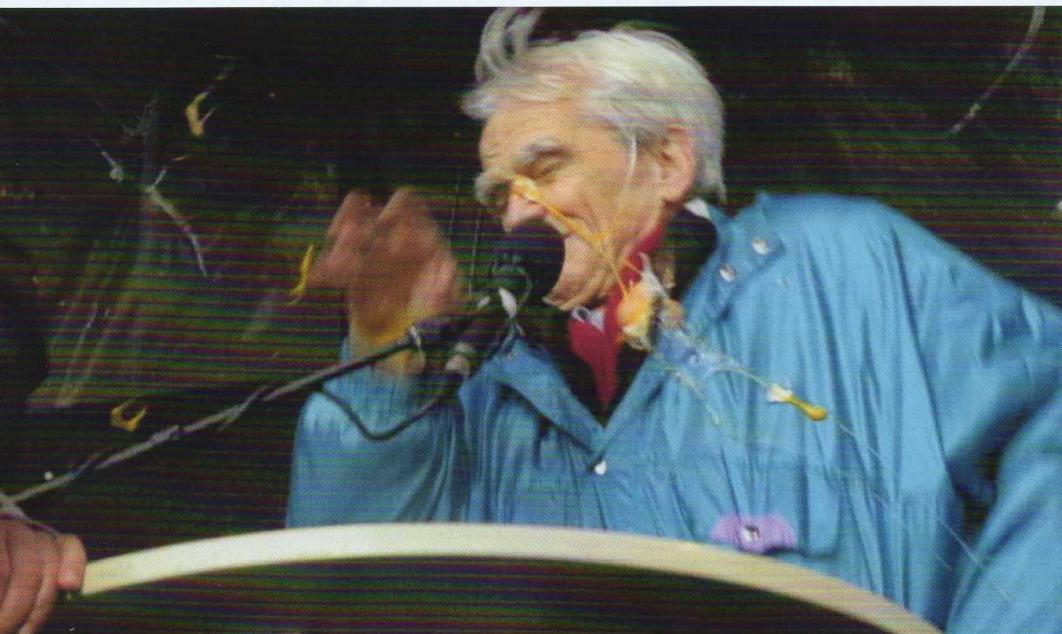
Welch Scharlatanerie diese Leute betreiben, zeigt sich, weil diese unter anderem zugeben: *„Wir sind alle innerhalb der letzten zehn Jahren den Grünen beigetreten.“* Also irgendwann seit 2014, und dabei sollen diese Leute tatsächlich geglaubt haben, dass die Grüne Partei eine Kraft darstellt, die dafür kämpft, die Wirtschaft endlich in den Dienst der Menschen zu stellen oder sich mit den Reichen und Mächtigen

„anzulegen“? Sollte dem so sein, dann könnte man diesen Leute angesichts der ganzen Geschichte der Grünen, von ihrer Gründung als konterrevolutionäres Projekt, über die Angriffskriege gegen Jugoslawien und Afghanistan bis zur Agenda 2010, nur raten sich in neurologische Behandlung zu geben, weil in ihrem Kopf offenbar etwas nicht richtig funktioniert, oder sie sind Lügner und Betrüger.

Aber sie sind auch etwas mehr, sie sind Ausdruck der sich verschärfenden Widersprüche in diesem Land, die dazu führen, dass sich Teile der Kleinbourgeoisie radikalisieren, weil sie angesichts der allgemeinen Krise

betreibt Veranstaltungen „Wider den autoritären Kommunismus“.

Natürlich sind auch andere Strukturen und Organisationen an einem organisationslosen Führungspersonal interessiert, welches über die Fähigkeit verfügt, bundesweite Organisation und Kampagnen anzuleiten. Die ehemaligen Führer der Grünen Jugend sind bürgerliche Politikprofis. Da bekommt auch die SDAJ als Jugendorganisation der mittlerweile mitgliederzahlenmäßig hinter der MLPD herhinkenden DKP großes Interesse, sich die jungen Karrieristen unter den Nagel zu reißen und ruft öffentlich zu einem Beitritt auf.



*Bereits 2011 wurde Christian Ströbele von Gegnern des Angriffskriegs gegen Afghanistan für seine Funktion als Feigenblatt der Grünen attackiert*

des Imperialismus und der anhaltenden Überproduktionskrise im Ausmaß einer Depression Existenzängste plagten.

Für den deutschen Imperialismus ist es eine Notwendigkeit, solche Teile der Bevölkerung zurück zu holen. Es haben sich in der Vergangenheit verschiedene Strukturen und Organisationen entwickelt, die die Radikalisierten wieder ‚einfangen‘ bzw. sie ‚ungefährlich‘ machen.

Die ‚anti-autoritäre‘ Bewegung beklagte in der jüngsten Vergangenheit, „Autoritär-kommunistische Gruppen im Aufwind“, „rote Gruppen mit autoritärer, antiimperialistischer Ausrichtung und Kaderstruktur“, „Return of the K-Gruppen“ und

Strukturen wie Fridays for Future haben sich bereits als bürgerliche Parteiprojekte versucht und sind gescheitert, auch von dieser Seite scheint es Gelüste zu geben, sich mit den Renegaten der Grünen Jugend zu vereinigen. Auch einige Teile der „autonomen“ Bewegung, solche die sich selbst z.B. zu einem Zusammenschluss linksradikaler Gruppen und Einzelpersonen aus der „undogmatischen“ und „emanzipatorischen“ Linken erklären und schon immer mit bürgerlicher Parteipolitik und den gelben

Gewerkschaften liebäugelten, sind heute in einer für sie historischen Schwäche.

Da wird nichts Neues entstehen, auch wenn es einen neuen Namen trägt, es werden die gleichen alten Leute mit den gleichen alten Ideen, Kriterien, Haltungen, Standpunkten und Linien sein, auch wenn es „Jugendliche“ sein mögen. Alter Wein in neuen Schläuchen oder Linkspartei Nr. X. Aber sie werden trotzdem ihre finsternen Machenschaften betreiben, versuchen, Illusionen zu erzeugen und zu verbreiten und sie haben auch die Fähigkeiten und Mittel, damit einen nicht unerheblichen Schaden anzurichten. Darauf müssen und werden sich die Revolutionäre einstellen müssen und entsprechende Antworten finden – dem wirklich Alten das wirklich Neue entgegenstellen. •

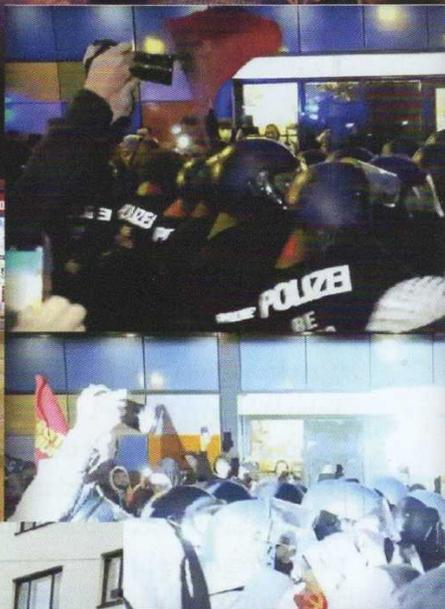
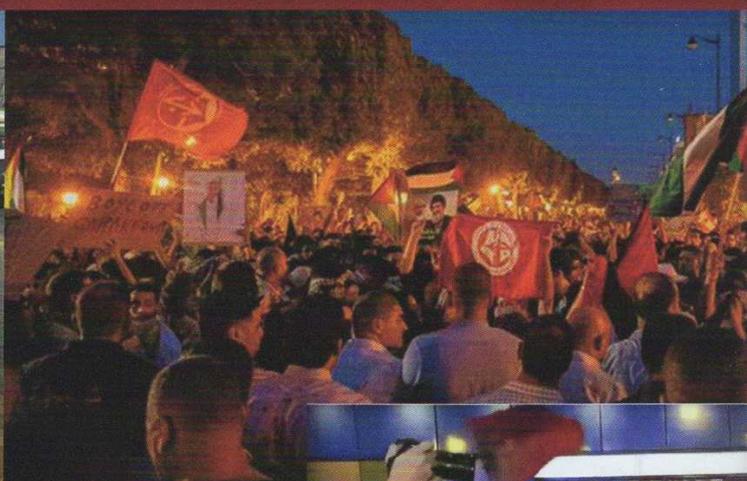


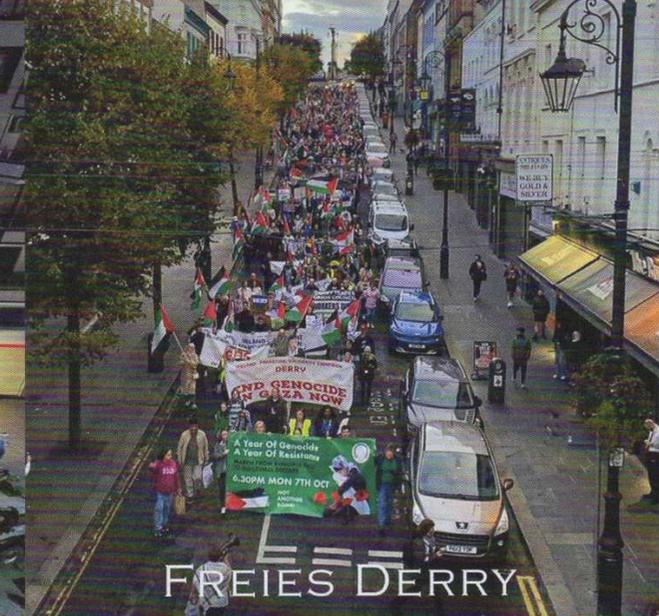
AMMAN



DIYARBAKIR

# SOLIDARITÄTSAKTIONEN ANLÄSSLICH DES ERS





FREIES DERRY



SANAA



VALENCIA

# IN JAHRESTAGES DER AL-AQSA-FLUT WELTWEIT



obere Reihe: Dänemark, Tunesien, Norwegen, Libanon  
mittlere Reihe: Peru, BRD (2x), Kanada, Argentinien  
untere Reihe: Frankreich, Finnland, Mexiko, Philippinen

Diese Bilder zeigen nur einen Bruchteil der Aktionen von Millionen und Abermillionen Menschen auf der Welt, die am 7. Oktober für das palästinensische Volk auf die Straße gegangen sind.

## BILD DES MONATS

Quellen:  
Red Herald,  
Dem Volke Dienen



## VW: WERKSSCHLISSUNG WIRD WAHRSCHEINLICHER

Die Verhandlungen zwischen Volkswagen (VW) und der IG Metall über einen neuen Haustarifvertrag sind im Gange, unterdessen kritisieren die Autokonzerne die EU-Strafzölle auf chinesische E-Autos. In den Tarifverhandlungen wird erwartet, dass bis Ende des Jahres eine Einigung erzielt wird, wobei eine mögliche Reduzierung der Arbeitszeit in Form einer variablen 4-Tage-Woche diskutiert wird.

Es gibt Spekulationen über mögliche Werksschließungen, insbesondere in Salzgitter, Kassel-Baunatal und Braunschweig. Eines dieser drei großen Zuliefererwerke soll nach Insider-Angaben „auf der Streichliste stehen“. Salzgitter, das Motoren für Verbrenner produziert, hat Schwierigkeiten beim Umstieg auf E-Motoren, nimmt dafür aber im kommenden Jahr eine große Batteriefabrik in Betrieb, während Baunatal als größter Hersteller von Karosserieteilen in Europa und als schützenswert gilt. Braunschweig könnte aufgrund der einfacheren Verlagerung der Produktion innerhalb der „VW-Region“ in Südniedersachsen auf andere Werke gefährdet sein.

Das Werk in Osnabrück ist stark unterausgelastet und könnte mit seinen 2300 Arbeitsplätze geschlossen werden, weil es ab 2026 Stand jetzt keine Aufträge mehr hat, während das Zwickauer Werk, das auf E-Autos umstellt, ebenfalls unsicher ist. In Emden und Hannover gab es bereits Entlassungen von Leiharbeitern, dafür gilt die Produktion als gesichert. All diese Umstände reißen deutlich breitere Teile des Volkes in die Krise. Die Schließung einer großen VW-Fabrik würde sowohl auf die entsprechende Region als auch auf die Arbeiter



### VW UND DER STAAT

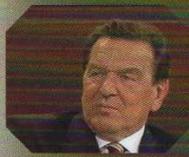


1937 von der korporativistischen Pseudogewerkschaft „Deutsche Arbeitsfront“ gegründet

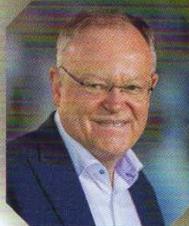
#### Stimmrechtsverteilung\* (Stand 31.12.2023)

53,3%	Porsche Automobil Holding SE, Stuttgart
20,0%	Land Niedersachsen, Hannover
17,0%	Qatar Holding LLC
9,7%	Streubesitz

Land Niedersachsen einer der Hauptaktionäre



SPD-Karrieristen aus Niedersachsen mit Aufsichtsratsposten und ihr Milieu



in unterschiedlicher ökonomischer Situation gewaltig einwirken und könnte damit einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland haben. Die betroffenen „Leiharbeiter“ sind Teil der unteren Schicht des Proletariats in diesem Land, und es ist eine unmittelbare Aufgabe der Revolutionäre, sich mit diesen zu verbinden und ihre klassenbewusste Organisierung voranzutreiben. Die mittleren und teilweise oberen Schichten des Proletariats, die mit den Jobs bei VW usw. ihre teilweise privilegierte Stellung verlieren, müssen von den meist klassenbewusstesten Kräften aufgefangen werden, welche sich auf den unteren Schichten der Klasse basieren.

Die deutschen Autoproduzenten zeigen sich derweil besorgt über die EU-Strafzölle gegen chinesische Elektroautos, wobei BMW-Chef Zipse dies als „fatal“ bezeichnet, denn damit verbarrikadiert sich der deutsche Imperialismus auch den Zugang zum chinesischen Markt. Der BDI unterstützt zwar Schutzmaßnahmen, betont jedoch die Notwendigkeit stabiler Wirtschaftsbeziehungen zu China. Die deutsche Regierung, offenbar geschwächt durch ihre Unfähigkeit, ihre internen Widersprüche zu lösen, welche im Grunde die unterschiedlichen Interessengruppen des deutschen Finanzkapitals widerspiegelt, scheint unsicher und schwankend im Umgang mit der Situation, was die Interessen der Automobilindustrie und die wirtschaftliche Entwicklung im Kampf gegen seine imperialistischen Konkurrenten betrifft. •

## VERARMUNG UNSERER ÄLTEREN

**M**enschen, die in Deutschland Altersrenten erhalten, bekommen nach mindestens 45 Versicherungsjahren im Durchschnitt eine monatliche Rente von etwa 1.550 Euro. Männer erhalten im Bundesdurchschnitt eine Rente von durchschnittlich 1.650 Euro, Frauen lediglich 1.325 Euro monatlich. In Westdeutschland liegen die durchschnittlichen Renten für Männer und Frauen zusammen bei 1.600 Euro im Monat. Im Osten sind es hingegen nur 1.400 Euro.



**E i n m a l a b g e s e h e n** davon, dass diese Werte ohnehin nicht hoch sind, muss man sich vergegenwärtigen,

dass von der Altersrente in Deutschland, die eine Beitragsrente von bereits versteuertem Einkommen ist, noch einmal Abgaben gezahlt werden müssen. Seit Anfang 2005 sind alle gesetzlichen Renten zu mindestens 50 Prozent steuerpflichtig. Bis 2021 stieg der Steuersatz jährlich um 2 Prozent, seitdem steigt er bis 2040 um jeweils einen Prozent. Betriebsrenten und Riesterreute werden auch, und zwar höher besteuert. Dazu nimmt der Staat einem dann noch rund ein Fünftel des Geldes durch Mehrwertsteuer und Co weg. So bleiben von der Durchschnittsfrauenrente schließlich keine 1.000 Euro übrig – im Durchschnitt, nach 45 Beitragsjahren!

Immer mehr Menschen in Deutschland sind nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts im Rentenalter auf Sozialleistungen, der sogenannten Grundsicherung im Alter, angewiesen. Rund 16,4 Millionen Menschen im regulären Rentenalter bezogen Ende 2023 in Deutschland eine Altersrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Am Ende des ersten Halbjahres 2024 bezogen bundesweit insgesamt 728.990 Rentner die sogenannte Grundsicherung. Das ist ein neuer Höchstwert und bedeutet einen Anstieg um rund 37.000 gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zu 2015 bedeutet die aktuelle Zahl der Leistungsempfänger im Rentenalter einen Anstieg um rund 40 Prozent (Juni 2015: 523.160).

Forscher der Universität Jena haben im vergangenen Jahr versucht, die Dunkelziffer, also die Zahl derer, die anspruchsberechtigt wären, aber keine Leistungen beziehen, wissenschaftlich zu untersuchen. Dabei ergab sich eine relativ hohe Quote für die Grundsicherung im Alter. Dort liege die Dunkelziffer bei rund 60 Prozent. In Wirklichkeit sind es also mindestens 1,8 Millionen Rentner in Deutschland, die von ihrer Rente nicht wirklich leben können – das sind weit mehr als 10 Prozent. Das ist offensichtlich auch ein Grund dafür, warum von den Älteren bis 70 Jahre fast 20 Prozent und bis 75 Jahre rund 10 Prozent noch arbeiten gehen (Flaschensammeln und anderes nicht inbegriffen). Die Tendenz hierbei ist natürlich ansteigend – bis Anfang dieses Jahrhunderts lagen die Zahlen konstant bei unter 5 Prozent.

Mit dem dieses Jahr angegangenen „Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetzes“ dem sogenannten „Rentenpaket II“ wird nun geplant, die Umlagefinanzierung durch einen vom Staat finanzierten Kapitalstock zu ergänzen. Eine neue öffentlich-rechtliche Stiftung soll mindestens 200 Milliarden Euro „professionell verwalten und global anlegen“ und jährlich durchschnittlich 10 Milliarden Euro für die Rentenkasse generieren. Das bedeutet, dass der Staat selbst direkt Kapitalexpert durchführt und die Profite durch die Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Völker insbesondere der dritten Welt die Renten stabilisieren sollen, um die soziale Basis des bestehenden Systems aufrecht zu erhalten.

Zuerst werden wir durch die Lohnsklaverei ausgebeutet, dann, wenn wir nicht mehr können, werden wir auf der Müllhaufen geworfen und uns einige Krümmel zugeworfen, sodass wir leise sterben: das ist die „Rente“ fürs uns! Gleichzeitig wird unser ganzes „Arbeitsleben“ durch Steuern und „Abgaben“ ausgeraubt mit dem Versprechen, dass wir dadurch ein würdiges Alter erleben können sollten, aber am Ende haben wir nichts davon und die Steuern und „Abgaben“ werden dazu benutzt, den Interessen des Finanzkapitals zu dienen! „Professionell verwalten und global anlegen“ bedeutet nichts anderes als einen Kapitalzuschuss für der deutsche imperialistische Bourgeoisie. •

## (KEIN) STREIKRECHT



Zwei Gerichtsurteile haben in jüngster Zeit die Frage des Streikrechts auf die Tagesordnung gesetzt. Am 11. Oktober bestätigte das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg die Entscheidung des Arbeitsgerichts Berlin über die Untersagung des „unbefristeten Streiks“ in den Kitas der Kita-Eigenbetriebe des Landes Berlin. Am 14. Oktober untersagte das Arbeitsgericht Hannover Streikmaßnahmen der Gewerkschaft ver.di an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH), wo das dortige Pflegepersonal für den 16.-18. Oktober 2024 zu einem Streik aufgerufen hatte.

Das Arbeitskampf- oder Streikrecht in der BRD hat seine einzige formal-juristische Basis im 'Grundgesetz'. Darin heißt es: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.“ Eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber dem Arbeitskäufer ist somit per Definition ausgeschlossen, weil der Streik seinem ganzen Wesen nach die Wirtschaftsbedingungen nicht fördern kann, sondern ihnen schaden muss, denn nur durch Schaden kann der Arbeitskäufer zur Annahme der Forderungen der Arbeiter gezwungen werden. Da eine genauere Definition des Streikrechts in Form von Gesetzen nicht stattfindet, ist das deutsche Arbeitskampfrecht sogenanntes Richterrecht. Jeder Streik kann also auf der Grundlage, dass er den Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen in Deutschland schadet durch ein Gericht verboten werden. Dazu kommt:

„Ein Streik, dessen Kampfziel auch der Durchsetzung einer friedenspflichtverletzenden oder tarifwidrigen Forderung dient, ist rechtswidrig.“ (Urteil Bundesarbeitsgericht vom 26.07.2016) Eine weitere gravierende Einschränkung des Streikrechts ist das Übermaßverbot. Ein Streik ist also eigentlich grundsätzlich verboten, nur ausnahmsweise und auch nur dann gestattet, wenn es anders keinen Ausweg mehr gibt, die kollektive Niederlegung der Arbeit zu vermeiden. Das Streikrecht ist nicht um seiner selbst willen geschützt, sondern lediglich als Mittel zum Zweck des Abschlusses von Tarifverträgen. Entsprechend sind die jüngsten Gerichtsurteile zwar an sich ein ‚Skandal‘, in der Tat aber lediglich gängige Praxis.

Als eine unmittelbare Aufgabe steht für das Proletariat in der BRD auf der Tagesordnung, sich das Recht auf den Streik wieder zu erkämpfen, gegen das Verbot des politischen Streiks, gegen die Beschränkungen des ökonomischen Streiks, gegen das Verbot „wilder Streiks“, die nicht von den gelben Gewerkschaften geführt werden. Die Arbeiter müssen in diesem Kampf auch Kampfformen entwickeln und anwenden, wie z.B. Dienst nach Vorschrift, kollektive Verlängerung der Pausenzeiten, kollektive Krankschreibungen, usw. Dieses erste, kleine Brechen mit der Legalität ist wichtig für die Entwicklung der Kämpfe um die Tagesforderungen. •

## NATO SEEKRIEGSZENTRUM IN ROSTOCK

**E**in NATO-Hauptquartier soll es nun doch nicht sein. Das zumindest erklärte Kriegsminister Boris Pistorius bei der Einweihung der neuen „Commander Task Force Baltic“ (CTF Baltic) in Rostock. Die entsprechende Einladung zu der Veranstaltung hatte jedoch genau davon gesprochen. Das Verteidigungsministerium hatte den Begriff in einer Pressemitteilung benutzt, Nachrichtenformate wie die Tagesschau, der Spiegel und der Stern übernahmen ihn.

Das Hauptquartier leitet ein deutscher Admiral, sein Stellvertreter kommt aus Polen. Die Stelle des Stabschefs besetzt ein Schwede. 60 von insgesamt 180 Dienstposten werden an ausländische NATO-Soldaten vergeben werden. Neben Deutschland sind derzeit elf andere Staaten mit ihrem Personal beteiligt: Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Lettland, Litauen, Niederlande, Polen und Schweden. Alle vier Jahre soll die Leitung zwischen Deutschland, Polen und Schweden rotieren. Das „nicht-NATO-Hauptquartier“ soll die Aktivitäten aller „Partner“ im Ostseeraum koordinieren, gemeinsame Übungen planen sowie Operationen der NATO-Seestreitkräfte führen, erklärte Pistorius. Dabei betonte er, dass es sich um ein „nationales Hauptquartier mit internationaler Beteiligung“ handle.

Pistorius übte sich in aggressivem Ton gegenüber Russland, sprach von einer „russischen Bedrohung“ der „maritimen Lebensadern“ im Ostseeraum. Bei seiner Kriegshetzer-Ansprache sprach er in Sportpalast-Manier von einem Ausbau Kaliningrads zu einer „schwer bewaffneten Bastion“ mit Hunderten Raketen, die auf die europäischen Hauptstädte gerichtet seien. Er sprach auch über gefährdete Infrastruktur in den Bereichen Kommunikation und Energie und deutsche Abhängigkeiten, über die „Sicherheit im Ostseeraum“ und bemängelte, dass russische Luftstreitkräfte sich seltener an die Regeln im Luftverkehr hielten. Er behauptete, dass sich russische Forschungsschiffe „verdächtig nahe“ an deutscher Infrastruktur wie Pipelines bewegten und ‚vergaß‘ dabei, dass die Nord-Stream-Pipelines auf direkten Befehl Washingtons gesprengt wurden.

Warum aber ist die Frage NATO oder nicht-NATO nicht nur Wortklauberei, sondern ein ernsthaftes

Problem? Es ist der 2+4-Vertrag. Dieser wurde 1990 zwischen BRD und DDR sowie den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, also USA, Frankreich, Großbritannien und UdSSR, ausgehandelt. Er regelt die Annektion der DDR durch die BRD. Artikel Fünf des 2+4-Vertrags legt fest, dass nach dem Abzug der sowjetischen Truppen weder ausländische Streitkräfte noch Atomwaffen auf dem ehemaligen Gebiet der DDR stationiert oder dorthin verlegt werden dürfen.

Politik > Ausland > Nato-Stützpunkt Rostock: Russland bestellt deutschen Botschafter ein

„ENTSCHEIDENER PROTEST“

### Nato-Hauptquartier in Rostock: Russland bestellt deutschen Botschafter ein



Der Nato-Stützpunkt in Rostock  
© BildfunkMV / Imago Images

Das neu eingerichtete NATO Seekriegszentrum in Rostock ist entsprechend ein Bruch des 2+4-Vertrages durch die Anwesenheit internationaler Soldaten in dem neuen NATO-Hauptquartier. Das Auswärtige Amt reagierte unmittelbar. Es handle sich bei dem Hauptquartier um eine deutsche Dienststelle und somit sei das deutsche Kriegsministerium für alle Verwaltungs-, Personal-, Haushalts- und Disziplinarangelegenheiten verantwortlich. Das NATO-Gruppenstatut greife nicht. Bei den ausländischen Soldaten in Rostock handle es sich um Austausch- und Verbindungsbeamte. Es handle sich lediglich um eine internationale „Beteiligung“, nicht um ein neues NATO-Hauptquartier in Rostock. Warum das Kriegsministerium dann zur Einweihung eines neuen „Hauptquartiers für die NATO“ einlud, blieb dabei offen. Es ist offenbar, dass der deutsche Imperialismus internationales Recht – wieder – bricht. •

## HAMBURG: WIDERSTAND GEGEN DAS MOSCHEEVERBOT

**E**in Menge gläubiger Menschen, die auf offener Straße beten. Dieses Bild sieht man in der Regel nicht all zu häufig. Wer sich an einem Freitag in der Nähe der kürzlich geschlossenen Imam-Ali-Moschee, besser bekannt als die „Blaue Moschee“, an der Außenalster aufhielt, wird dieses Bild in letzter Zeit aber ziemlich häufig gesehen haben.

Die Schiiten, die sich dort versammeln, möchten einzig und allein ihrem Glauben nachkommen. Grundsätzlich natürlich in ihrem Gotteshaus. So etwas sollte ja eigentlich durch das demokratische Recht der Religionsfreiheit geschützt sein. Aber von „Demokratie“ und „Rechten“ will das Bundesinnenministerium, angeführt von der Sozialdemokratin Nancy Faeser, rein gar nichts wissen. Denn dieses

Die Gläubigen haben ihren Protest durch verschiedene Aktionen zum Ausdruck gebracht, nicht nur durch das offene Beten. Kurz nachdem die Moschee vom deutschen Staat dicht gemacht wurde, tauchten u.a. Schilder an dessen Eingang auf. Auf einem stand geschrieben:

*„Ihr habt niemandem ,das Handwerk gelegt‘, ihr habt Gläubigen ihr Obdach genommen.“*

Zusätzlich zum Gebet selbst fand vor der Moschee auch direkter Protest statt. Dort konnte man bei Versammlungen Transparente mit Losungen wie „Wir wollen unsere Moschee zurück“ oder „Faeser tritt das Grundgesetz mit Füßen“ sehen und in einer Rede konnte man hören: „Unser Haus, in dem wir sonst beten, wurde uns genommen. Auch die Sicht darauf wurde uns genommen.“

Dieser Angriff auf „demokratische Grundrechte“, konkret auf die Religionsfreiheit, reiht sich ein in eine Reihe von Verbrechen, die der deutsche Staat gegen das Volk und besonders gegen die

Arbeiterklasse in diesem Land verübt. Das Versammlungsrecht wird ebenfalls nicht selten durch die Polizei beschnitten oder völlig abgesprochen, besonders wenn es um Solidarität mit dem kämpfenden Volk in Palästina und des Mittleren Ostens geht.

Das ist natürlich eng verbunden mit den Angriffen gegen die schiitische Glaubensrichtung, angesichts der schiitischen Kämpfer im Jemen und Libanon die zur „Achse des Widerstands“ zählen. So ist also der Kampf für die Verteidigung der demokratischen Rechte für das Volk hierzulande auch eng verknüpft mit dem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung im Ausland und dem antiimperialistischen Kampf im Allgemeinen. •



ließ das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) erst kürzlich verbieten und erklärte die von ihm betriebene Moschee in chauvinistischer Manier als ein europaweit „bedeutendes Propagandazentrum des Irans“ das seiner direkten Kontrolle unterstellt sei. Eine Dämonisierung der gesamten Glaubensrichtung und ein weiterer Versuch die Massen zu spalten.

Jetzt stehen die schiitischen Muslime Deutschlands da, ohne ihre wichtigste Glaubensstätte und sind ständiger Schikane durch die Polizei und der bürgerlichen Presse ausgesetzt. Ursprünglich haben sie z.B. direkt vor ihrer Moschee gebetet, aber auch das wurde ihnen verboten. Sie wurden gezwungen auf den Bürgersteig gegenüber zu wechseln.

## TESLA IN GRÜNHEIDE: KÜNDIGUNGEN VON BETRIEBSRÄTEN

Die Tesla-Geschäftsführung im Werk Grünheide hat innerhalb von drei Monaten zwei mal ein Mitglied des Betriebsrats entlassen. Für die Gewerkschaft IG Metall ist dies ein „Skandal“, mit dem der Autokonzern von Elon Musk eine rote Linie überschreite.

Konkret wurde zunächst im Juli einem Schichtleiter aus der Produktion und nebenbei Betriebsrat eine Kündigung ausgesprochen – und zwar vier Wochen vor Beginn seiner Elternzeit. Dadurch habe er eigentlich unter doppeltem Kündigungsschutz gestanden, denn Betriebsräte sind ohnehin nicht ohne Weiteres kündbar. Schon zuvor bei seinem Antrag auf Elternzeit habe es Probleme gegeben, weil er den Plan gehabt habe, währenddessen in Teilzeit weiterzuarbeiten.

Laut Angaben des Schichtleiters habe das Management dies abgelehnt und ihn aufgefordert, den Antrag zurückzuziehen. Außerdem habe man ihm mit Abmahnung und Kündigung gedroht. Die Personalabteilung habe ihm mitgeteilt, dass bei Tesla „grundsätzlich Vollzeit“ gearbeitet werde. Dem Mitarbeiter sei sogar ein Aufhebungsvertrag vorgelegt worden, den er allerdings nicht unterzeichnet habe.

Da es auf diesem Wege nicht funktionierte den Kollegen loszuwerden, hat Tesla ihm anschließend vorgeworfen, in zwei Fällen falsche Arbeitszeiten angegeben zu haben. Dann kam die Kündigung. Es kam zum Gerichtsstreit und im September wurde durch das Brandenburger Landesamt für Arbeitsschutz die Kündigung zurückgewiesen.

Anfang Oktober ist es nun zu einem zweiten Fall gekommen, bei dem einem Betriebsratsmitglied vorgeworfen wurde, einer nicht gewerkschaftlich organisierten Betriebsrat-Kollegin körperliche Gewalt angedroht zu haben. Der Tesla-Betriebsrat in Grünheide besteht aus 16 Vertretern der IG Metall und 23 weiteren Mitgliedern. Die sogenannte „Fraktion 23“ hat Berichten zufolge die beiden Kündigungen unterstützt.

Die besagte Frau aus dem Betriebsrat hatte um 5:35 Uhr morgens per E-Mail eine Einladung für eine Betriebsratssitzung um 9 Uhr des selben Tages

verschickt. Ein Kollege aus der Produktion, der Mitglied des Betriebsrats ist, fuhr daraufhin verärgert zurück ins Werk, um an der Sitzung teilzunehmen. Er machte seinem berechtigten Ärger Luft. Die Frau und die „Fraktion 23“ freuten sich über diesen Ausbruch. Der Kollege wurde des Raumes verwiesen und suspendiert. Sechs Tage später wurde ihm fristlos gekündigt.

Das Agieren von Tesla und der „Fraktion 23“ ist ein bewusster und organisierter Vorstoß gegen die Gewerkschaften im Konzern und ein Versuch, engagierte Kollegen einzuschüchtern. Bereits 25 Arbeiter, die der IG Metall angehören, haben seit Jahresbeginn eine Abmahnung erhalten. *„Jedem IG-Metall-Betriebsrat wurde bereits eine außerordentliche Kündigung von der Werksleitung angedroht“*, heißt es von der Gewerkschaft. *„Und alle im Werk, die den Mund aufgemacht haben oder einmal länger krank gewesen sind, können von ähnlichen Erfahrungen berichten“*, heißt es in der IG-Metall-Erklärung weiter. Die „Fraktion“ aus zynischen hochbezahlten Unterstützern des Konzerns ist ein Ausdruck davon, wie Tesla versucht, den Einfluss sämtlicher Gewerkschaften zu unterdrücken. Die Betriebsräte von Tesla sind nicht wie in großen deutschen Unternehmen üblich heuchlerische korporativistische Gremien, sondern eher ein offener verlängerter Arm der Geschäftsführung, der die Arbeiter gar nicht erst versucht, zu täuschen.

Mitglieder der „Fraktion 23“ sollen Vorwürfen zufolge die Gewerkschaftsmitglieder bereits mehrfach beleidigt und ihnen gegenüber eine sexuell-vulgäre Anspielungen gemacht haben.

In der „Gigafactory“ von Tesla in Grünheide stellen knapp 12.000 Arbeiter – Leiharbeiter inklusive seit mehr als zwei Jahren Elektroautos her. Die Werksführung sorgte in letzter Zeit mehrfach für negative Schlagzeilen. Unter anderem hatte die Leitung unangekündigte Hausbesuche bei kranken Mitarbeitern durchgeführt. Auslöser für die unangekündigten Hausbesuche ist laut Tesla ein überdurchschnittlich hoher Krankenstand in den Sommermonaten gewesen: *„Phasenweise hat er 15 Prozent oder mehr erreicht.“* Der Grund dafür ist jedoch ganz offenbar eine sehr hohe Ausbeutung in der Autofabrik. •

## KÖLN: ERSTE GATED COMMUNITY

Das geplante Luxus-Wohngebiet „Cologne Project I“ hat schon für einiges Aufsehen in der Domstadt gesorgt. Um den Bonzen ein sicheres Wohnen zu ermöglichen, entsteht in Köln die erste „Gated Community“. Derartige geschlossene Wohnanlagen zum Schutz der Reichen vor den Zumutungen durch die „Unterschicht“ sind in Deutschland noch nicht sehr verbreitet – noch nicht.

Auf dem 4.000 Quadratmeter großen Grundstück sollen Luxusimmobilien entstehen. Prunkstück des Areals soll ein Loft im Wasserturm werden, das sich über drei Ebenen erstreckt. Ergänzt wird das „Cologne Project I“ durch sechs Apartments und 15 Stadthäuser, einige davon mit Rheinblick. Der Kaufpreis für die Wohnungen beginnt bei 540.000 Euro. Die Häuser kosten ab 950.000 Euro.

Für das dreigeschossige Loft wird der Wasserturm aufgestockt – von derzeit 28 auf 42 Meter Höhe. Ausgestattet ist das 230 Quadratmeter große Loft unter anderem mit zwei Schlafzimmern, zwei Bädern und einer 360-Grad-Dachterrasse samt Sauna. Kostenpunkt: 3,2 Millionen Euro. Der historische Wasserturm wurde 1881 gebaut, war jahrzehntlang für die Trinkwasserversorgung des Bezirks Mülheim samt seiner Stadtteile zuständig. Seit der Betrieb eingestellt wurde, ließ die Stadt Köln das Denkmal verfallen.

Teure Preise, exklusiver Zugang, denn der Eintritt in das Wohngebiet soll beschränkt werden. Das Gelände wird durch einen zwei Meter hohen Doppelstabzaun abgesichert. Der Eintritt ist den zukünftigen Bewohnern vorbehalten, und an beiden Eingängen der Anlage werden Videoanlagen installiert.

Der Investor gibt preis, was er vom Rest der Gesellschaft, der nicht so reich wie seine Kunden ist,

hält: „Die Kinder, die hier leben, sollen sich sicher auf diesem Areal bewegen können ...“. Das Gesamtvolumen für das Projekt beträgt stattliche 30 Millionen Euro.

Sogenannte „Gated Communities“ kennt man bisher vor allem aus Ländern der Dritten Welt. Das Bauvorhaben am Kölner Rheinufer zeigt, wie die Zukunft aussehen wird. „Es ist sicherlich ein Trend der Zeit“, erklärt dazu der Investor.

Dass dies auch von den Herrschenden erkannt wird, zeigt sich unter anderem daran, dass die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker höchstpersönlich das Amt für Denkmalschutz von dem Bauvorhaben „überzeugte“. Ende 2024 soll Baubeginn sein, nur 18 Monaten Bauzeit sind geplant, bereits 2026 sollen die „Reichen und Schönen“ in ihr Bonzen-Ghetto einziehen.

Ein Zaun, egal wie hoch er auch sein mag, wird die Bewohner jedoch mitnichten vor den Verwerfungen, die die kommenden Umbrüche mit sich bringen werden, bewahren. Keine Mauer und erst recht kein Zaun wird den Kampf der Arbeiterklasse aufhalten. Dass sie es versuchen, zeigt lediglich ihre Verzweiflung. Sollen sie träumen. •



## ESSEN: EINSTURZALARM IN FREISENBRUCH

**E**nde Juni kam der Schock: 80 Menschen mussten am einem Freitagabend wegen eines instabilen Bergbaustollens Hals über Kopf ihr Haus in Essen verlassen. Die Bewohner waren fassungslos. Einige hatten kaum Zeit das notwendigste einzupacken, bevor die Häuser geräumt wurden. Eine ältere Frau meinte: „Ich hab nur eine Buxe dabei.“

In Essen gibt es an vielen Stellen alte Bergbauschächte. Das ist bekannt, sorgt aber bei dem Hochhaus in Freisenbruch für ein großes Problem. „Experten“ der Bezirksregierung hatten einen alten Bergbauschacht direkt unter einem der Stützpfeiler des Hochhauses entdeckt. Das Haus ist deshalb nicht stabil und die Mieter mussten es mitten in der Nacht überstürzt verlassen. Das einsturzgefährdete Haus gehört der Wohnbau eG. Die Wohnungsbaugesellschaft wollte zunächst das Hochhaus erhalten und suchte nach Wegen, wie das Haus stabilisiert werden könnte.

Die Mieter aus dem Sperrvogelweg mussten bei Verwandten und Freunden unterkommen oder wurden von der Stadt in einer Flüchtlingsunterkunft untergebracht. Der adäquate Ersatz z.B. durch Unterbringung in einem Hotel kam spät. Laut der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg gibt es bis Ende Dezember eine Verfügung, die besagt, dass niemand das Haus betreten darf. Allerdings weiß niemand, ob die

Arbeiten bis dahin wirklich abgeschlossen sein werden.

Zur Stabilisierung der Mehrfamilienhäuser sollen der Boden mit einem Schaum verfüllt und anschließend große Stahlelemente in den Kellerräumen verbaut werden. Erst danach kann der eigentlich für das Problem verantwortliche stillgelegte Bergbauschacht verfüllt werden. Dann sollen die Stahlelemente wieder entfernt werden. Wie lange diese Arbeiten andauern werden und ob sie das gewünschte Ergebnis bringen, ist derweil offen. Ähnliche Probleme bestehen an vielen Häusern im Ruhrgebiet bzw. könnten in der nächsten Zeit auftreten.

Für die Unterbringung in Ersatzunterkünften muss der Vermieter aufkommen. Nach eigenen Angaben hat die Wohnbau eG einen mittleren sechsstelligen Betrag für Hotelkosten gezahlt. Doch Mitte Oktober wurde klar: Das ist zu viel. Damit soll Schluss sein, die Unterbringung ist „zu teuer“. Ab November müssen die 80 Personen die Kosten für den Aufenthalt im Hotel demnach selbst aufbringen. Alternativ sollen sie übergangsweise in eine andere Wohnung ziehen – und dafür eine entsprechende Miete zahlen. Bei der Suche ‚hilft‘ die Wohnbau eG: „Wir können aktuell sechs Wohnungen in Essen-Freisenbruch anbieten.“ Das wären ja auch nur etwas mehr als 13 Personen pro Wohnung. Wenigstens ist es dann im Winter nicht so kalt.

Da die Mieter ihre eigenen Möbel in dem einsturzgefährdeten Haus zurücklassen mussten und auf absehbare Zeit nicht wieder bekommen werden, müssen sie selbst für Ersatz sorgen. Die Ersatzimmobilien sollen nur mit dem Nötigsten ausgestattet werden. Wieder einmal werden die Schäden, die durch die Monopole des deutschen Imperialismus verursacht werden, auf die Schultern der breiten Massen abgewälzt. Dass es sich bei den Mieter vorwiegend um ältere Menschen, die nun vielfach auf Unterstützung angewiesen sind, handelt, ist diesen Schweinehunden diesbezüglich egal. •



Evakuierung des Hochhauses in Freisenbruch im Juni

## DIE SCHLACHT UM STALINGRAD

Stalingrad ist eine der größten militärischen Schlachten, die das Proletariat jemals geschlagen hat. Am 2. Februar 1943 kapitulierte die 6. Armee der deutschen Wehrmacht unter Führung von Generalfeldmarschall Paulus und markierte einen historischen Sieg für das sowjetische Volk.

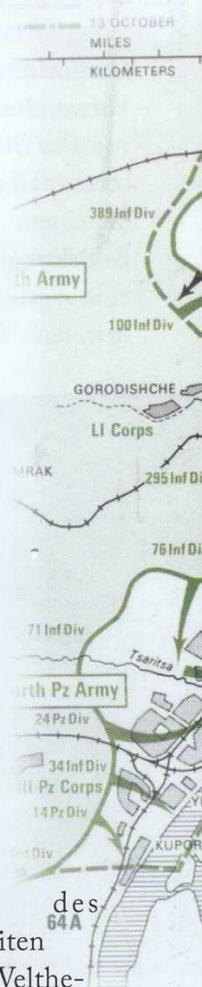
Vorsitzender Mao sagt: „Diese Schlacht ist nicht nur der Wendepunkt im sowjetisch-deutschen Krieg und nicht nur der Wendepunkt im gegenwärtigen Weltkrieg gegen den Faschismus, sondern auch ein Wendepunkt in der gesamten Menschheitsgeschichte.“ Aus diesem Grund hat die Schlacht für uns auch heute noch eine immense Bedeutung und dient weiter als Inspiration für unerschütterlichen Kampfgeist, und wie das Proletariat und die Völker der Welt in der Lage sind, den scheinbar „übermächtigen“ Feind zu bezwingen und zu zerschmettern. In diesem Sinne sollen hier einige Aspekte der Schlacht beleuchtet und der nach Ende des Krieges produzierte Film über die Schlacht vorgestellt werden.

Nachdem der deutsche Faschismus mit seiner „Operation Barbarossa“, einen Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion, am 22. Juni 1941 begonnen und zuerst Moskau und Leningrad hatte einnehmen wollen, begann er im Sommer 1942 eine Offensive im Süden. Nachdem man ein Jahr lang den Notwendigkeiten entsprechend in der strategischen Defensive gegen den einfallenden Feind kämpfte und große Teile an bewohntem und bewirtschafteten Territorium sowie Millionen von Leben verloren und „verbrannte Erde“ angewendet hatte, sahen einige kapitulierende Elemente in der Roten Armee darin eine dauerhafte Strategie. Genosse Stalin wies sie in die Schranken:

**„Wir haben mehr als 70 Millionen Menschen verloren, jährlich mehr als 800 Millionen Pfund Brot und mehr als 10 Millionen Tonnen Metall. [...] Weiter zurückzuweichen bedeutet, uns selbst zu verschwenden und gleichzeitig unser Vaterland zu verschwenden. Daher ist es notwendig, die mit dem Gerede aufzuhören, dass wir unendlich zurückweichen können, dass wir viel Territorium haben, dass unser Land groß und reich ist, dass es eine große Bevölkerung gibt und dass Brot immer im Überfluss**

**vorhanden sein wird. Solche Aussagen sind falsch und parasitär, sie schwächen uns und kommen dem Feind zugute. Wenn wir nicht aufhören zu weichen, werden wir ohne Brot, ohne Treibstoff, ohne Metall, ohne Rohstoffe, ohne Fabriken und Werke, ohne Eisenbahnen dastehen. Das führt zu dem Schluss, dass es an der Zeit ist, den Rückzug zu beenden. Kein Schritt zurück!“**

Am 23. August überquerten die deutschen Streitkräfte den Don und begannen den Angriff auf Stalingrad. Es folgte ein blutiger Häuserkampf, in dem Haus zu Haus, Keller zu Keller, Wohnung zu Wohnung und Zimmer gekämpft wurde. Ob Frau oder Mann, alt oder jung, alle beteiligten sich am heldenhaften Kampf gegen die faschistischen Horden, während die Rote Armee mit der Operation Uranus eine Gegenoffensive aus den Bergen im Norden und Westen der Stadt vorbereitete. Am 9. Oktober gab die sowjetische Informationsstelle bekannt, dass die Rote Armee die deutschen Linien im Stalingrader Industriegebiet durchbrochen hatte. Das war der Anfang vom Ende für die Deutschen, und der Abschluss der 48 Tage, die Vorsitzender Mao als großen Wendepunkt bezeichnet. Der erbitterte Kampf ging trotzdem in der gleichen Form weiter, bis die Sowjetunion im November die Oberhand gewann. Die Rote Armee ging in die Offensive und kesselte Ende des Monats ca. 300 Tausend Soldaten der Wehrmacht und der anderen „Achsenmächte“ ein. Die Faschisten erlebten einen kalten und schmerzhaften Winter, den sie niemals vergessen sollten. Die Offensive deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg in seinem Bestreben zur Welt hegemonie endete am Ufer der Wolga, und



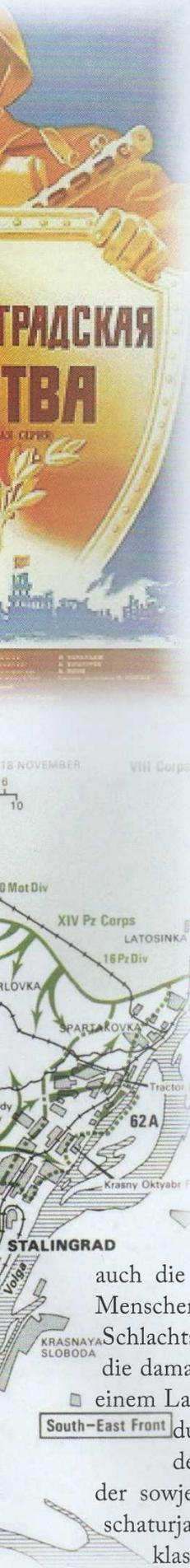
er wurde von dort aus bis in seine Höhle nach Berlin zurückgeschlagen und niedergeworfen.

Das Epos von Stalingrad ist ein Wendepunkt im Kräfteverhältnis im deutsch-sowjetischen Krieg, im 2. Weltkrieg. Es markiert als Einleitung des Sieges im 2. Weltkrieg auch einen zentralen Moment im Ende der strategischen Defensive der proletarischen Weltrevolution. In Stalingrad wurde der Unterlegene zum Überlegenen, der Angegriffene zum Angreifer, der Unterdrückte zum Unterdrücker. Nicht, weil sie in diesem Moment unbedingt militärisch stärker waren, sondern vor allem, weil sie für das Richtige, für das Volk gekämpft haben. Die Arbeiterklasse entfachte in der dunkelsten Stunde ein Leuchtf Feuer, dass Generationen nach Stalingrad ein Wegweiser im Kampf ist, ein erschütternder Beweis, dass die, die bereit sind, die Gipfel zu stürmen und keine Opfer scheuen, den mächtigsten Feind besiegen können.

1949 erschien der Film „Die Schlacht von Stalingrad“ in zwei Teilen – der erste am Tag des Sieges, der zweite am Jahrestag der Oktoberrevolution. Auf insgesamt knapp drei Stunden wurde ein halbes Jahr der Schlacht in beeindruckender Weise nachgestellt. Der Film zeigt aufwendig produzierte Kampfszenen und wie Genosse Stalin die Pläne im Großen Vaterländischen Krieg entwirft. Sowohl die Ähnlichkeit der Darsteller zu den Originalpersonen als auch die technische Kulisse, wo man nicht an Menschen und Material sparte, um unzählige Schlachtszenen glaubwürdig nachzuspielen, sind für die damalige Zeit höchst bemerkenswert, und das in einem Land, das gerade erst unglaubliche Zerstörung durch den Krieg erlitten hatte. Die Musik zu den Film, ebenfalls ein Meisterwerk, schrieb der sowjetisch-armenische Komponist Aram Chatschaturjan, der seiner Zeit zur Weltspitze in der klassischen Musik gehörte.

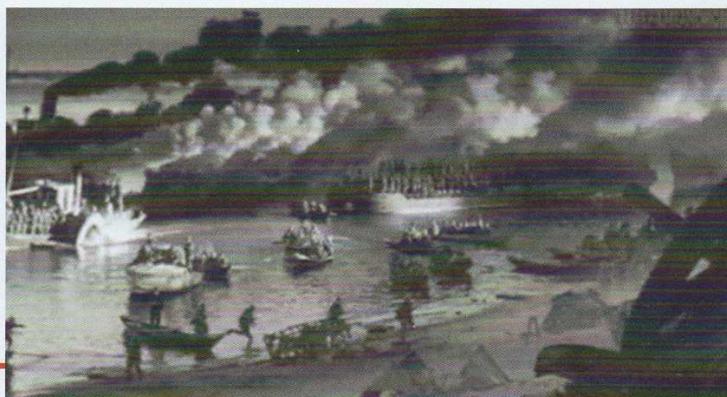
Auch die Bourgeoisie musste den Leistungen des sowjetischen Volkes Respekt zollen. So schrieb der amerikanische Präsident Roosevelt 1943 an Stalin: „Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika gratuliere ich Ihnen zu dem brillanten Sieg in Stalingrad der Armeen unter Ihrem Oberbefehl. Die einhundertzweiundsechzig Tage epischen Kampfes um die Stadt, die Ihren Namen für immer geehrt hat, und das entscheidende Ergebnis, das heute von allen Amerikanern gefeiert wird, werden eines der stolzesten Kapitel in diesem Krieg der Völker bleiben, die sich gegen den Nazismus und seine Nachahmer vereint haben.“ Was den Film angeht, ließ man sich Jahrzehnte später unter anderem bei „Star Wars“ inspirieren, wo die Kamerafahrten in der nach dem deutschen Kriegsverbrecher General Hoth, Kommandeur der bei Stalingrad zurückgeschlagenen 4. Panzerarmee, benannten fiktiven Eiswüste den sowjetischen Film von 1949 quasi kopieren, gleichermaßen im Soundtrack des Science-Fiction-Films von John Williams, das neben weiteren Aspekten am Ende des ersten Films ein Thema aus dem Finale von Chatschaturjans Suite überträgt, oder in Queens „Bohemian Rhapsody“, das den markanten Bläser-Streicher-Lauf aus dem Finale auf Klavier übernimmt.

Den Film findet man heute leider nur noch in schlecht erhaltener Qualität, allerdings reicht eine russische Version mit englischen Untertiteln aus, um den Zuschauer mitzureißen. Chatschaturjans Suite findet man heute bei unterschiedlichen Quellen in besserer Qualität. •



Teil 1 -  
[youtube.com/watch?v=OVz5E\\_71pY8](https://youtube.com/watch?v=OVz5E_71pY8)

Teil 2 -  
[youtu.be/qmqGei\\_c4no](https://youtu.be/qmqGei_c4no)



Szene aus „Die Schlacht von Stalingrad“

# WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

## KOMMENDE TERMINE

### HAMBURG

Vortragsreihe: „Vorwärts im Aufbau der Antimperialistischen Front!“

*Die aktuelle Situation des Klassenkampfes in der Türkei*

21. November | 18 Uhr

Haus brügge - Leuschnerstraße 86

*Über die Kampagne der Freilassung von Georges Ibrahim Abdallah*

6. Dezember | 18 Uhr

Shebeen Bar St. Pauli -  
Hein-Hoyer-Straße 78



### BREMEN

*Vortrag: Freiheit für Georges Ibrahim Abdallah*

22. November | 19 Uhr

Paradox - Bernhardstraße 12

*Aktuelle Situation des Klassenkampfes in der Türkei*

13. 12. | 19 Uhr | Paradox

*Café Rebellion*

BDP-Haus (Am Hulsberg 136)

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat  
ab 17 Uhr

# ROTE POST

## KONTAKTE

### BUNDESWEIT

Roter Bund | [kontakt@roterbund.de](mailto:kontakt@roterbund.de)

Rotes Frauenkomitee | [rfk-kontakt@roterbund.de](mailto:rfk-kontakt@roterbund.de)

### BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | [brw@roterbund.de](mailto:brw@roterbund.de)

### BERLIN

Roter Bund | [berlin@roterbund.de](mailto:berlin@roterbund.de)

### BREMEN

Roter Bund | [bremen@roterbund.de](mailto:bremen@roterbund.de)

Rotes Frauenkomitee Bremen | [rfk-bremen@roterbund.de](mailto:rfk-bremen@roterbund.de)

### HAMBURG

Roter Bund | [hamburg@roterbund.de](mailto:hamburg@roterbund.de)

Rotes Frauenkomitee Hamburg |

[rfk-hamburg@roterbund.de](mailto:rfk-hamburg@roterbund.de)

### NRW

Roter Bund | [nrw@roterbund.de](mailto:nrw@roterbund.de)